

Rede von André Brie, MdEP, Wahlkampfleiter der PDS

**3. Tagung des 8. Parteitages der PDS
31. Januar 2004
Berlin, ICC**

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wer sich selbst nicht in die Tasche lügt, weiß, dass unsere Wahlkämpfe 2004 nicht nur eine entscheidende Bedeutung für die politische Rolle der Partei des Demokratischen Sozialismus und für ihre Zukunftsfähigkeit hat, sondern auch immer noch an der Hypothek der Wahlniederlage von 2002 zu tragen haben.

Ich sage das nicht, weil wir Grund zu Pessimismus hätten. Ich sage das, weil wir erstens keinen Grund zu Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit haben. Ich sage das, weil wir Grund haben die Bedingungen unserer Wahlkämpfe und der gesamten politischen und öffentlichen Wirkung der PDS ohne Beschönigung zur Kenntnis zu nehmen. Ich sage das, weil wir jeden Grund haben, aus den Fehlern unserer politischen Strategie 2002 zu lernen.

Wir können zuversichtlich sein, wir werden unsere Wahlziele 2004 erreichen, wir werden am 13. Juni mehr als fünf Prozent der Stimmen erreichen. Wir werden das unerlässliche Signal erhalten, dass die PDS zurück und von den Wählerinnen und Wählern als bundespolitische Kraft bestätigt worden ist.

Ich weiß, ein Wahlkampfleiter muss solche Sätze sagen. Aber so wichtig mir diese Sätze sind, so sehr ich von ihrem Realismus überzeugt bin, mir ging es mit dieser Einleitung nicht um diese Sätze, sondern um ein einziges Wort.

Wenn.

Wir können zuversichtlich sein, wenn wir gemeinsam um den Erfolg kämpfen, wenn diese ganze Partei offensive, energische Wahlkämpfe organisiert und führt, wenn die Zehntausenden Mitglieder der PDS auch Zehntausende Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind.

Wir können zuversichtlich sein, wenn Menschen unsere Zuversicht erleben können.

Wir können zuversichtlich sein, wenn sich die PDS entschieden der Gesellschaft öffnet.

Wir können zuversichtlich sein, wenn die PDS in den Wahlkämpfen 2004 und in der politischen Gesellschaft den richtigen Platz einnimmt und für Menschen eine reale Funktion hat.

Ich hebe drei Fragen für den Wahlkampf und die politische Strategie der PDS hervor:

Erstens: Die PDS ist die sozialistische Partei Deutschlands. Wenn sie das nicht ist, ist die PDS nicht! Auch und gerade nicht in den Kommunal-, Landtags- und Europa-Wahlkämpfen 2004. Das ist keine Frage der Ideologisierung. Das ist – wie sich 2002 schmerzhaft gezeigt hat – die elementare Frage nach dem Gebrauchswert der PDS: erlebbar, konkret, realistisch, sinnlich, geistig und kulturell, politisch, glaubwürdig, leidenschaftlich.

Zweitens: Die PDS ist eine proeuropäische Partei. Aber gerade auch aus diesem Grund ist die PDS auch eine Partei, die gegen die aktuelle Verfasstheit und Politik der

Europäischen Union aufbegehrt. Wir wollen mehr Europa und vor allem wollen wir, dass Europa mehr ist.

Drittens: Wir protestieren, so wie viele Menschen zu Recht und mit existenziellen Gründen protestieren, gegen die herrschende Politik in Deutschland und in Europa. Aber wir haben auch realpolitische Alternativen. Wo Schröder, Fischer, Merkel und Stoiber anmaßend und pessimistisch verkünden, es gebe keine Alternativen, da sagen wir zuversichtlich: Doch es gibt politische, wirtschaftliche, soziale, außen- und sicherheitspolitische und geistige Alternativen. Und die sind vernünftig, die sind realistisch. Wir müssen es nur endlich schaffen, dass Menschen auch sagen, vielleicht mit anderen Worten: Diese Politik ist geil.

Erstens.

Hier ist eine demokratische Partei. Aber hier ist auch eine Partei, die anders ist als die anderen Parteien, eine Partei die legitimiert ist, die Auseinandersetzung mit der unsozialen Regierungspolitik nicht als machtpolitische Variante der gleichen politischen Grundrichtung, sondern als Kampf um den politischen Richtungswechsel in Deutschland und in Europa zu führen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir hatten und haben einen Traum, den Traum von einer sozialistischen Partei in Deutschland.

Wir hatten und haben eine Hoffnung, die Hoffnung, aus den Trümmern der SED und gemeinsam mit demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten der alten Bundesrepublik eine neue demokratisch sozialistische Kraft zu schaffen.

Wir hatten und haben einen Ehrgeiz, den Ehrgeiz zu beweisen, dass jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie eine undogmatische sozialistische Linke in Deutschland möglich ist.

Es waren und sind dieser Traum, diese Hoffnung, dieser Ehrgeiz, der die PDS bisher immer wieder voran- und zur Erneuerung getrieben haben.

Wir hatten und haben eine gemeinsame Überzeugung, dass eine dringende und konkrete Notwendigkeit besteht für eine grundlegend erneuerte sozialistische Politik.

Die Wahlniederlage der PDS aber vom September 2002 hat deutlich gemacht, wie sehr wir von diesen Träumen, Hoffnungen und ehrgeizigen Zielen entfernt sind. Wir waren 2002 unfähig und zum Teil auch unwillig, die eigenständige Funktion der PDS deutlich zu machen, und das ist unsere Funktion, das ist unser politischer Platz als demokratisch-sozialistische Partei, nicht unsere Funktion als Stoiber-Verhinderungspartei, nicht unsere Funktion als Mehrheitsbeschafferin für die SPD. Als Antwort darauf hat der Berliner Sonderparteitag die weitere Erneuerung der PDS auf die Tagesordnung gesetzt. Das Jahr 2004 muss und wird beweisen, dass wir dazu nicht nur willens, sondern auch fähig sind.

Die Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten gezeigt, dass Frieden in Europa soziale Demokratie braucht. Sie hatten gezeigt, dass Staaten, die sich aus der

sozialen Verantwortung nehmen, keine stabile Demokratien aufbauen können. Sie hatten gezeigt, dass die unbedingte Achtung der Würde und Rechte jeder und jedes einzelnen Grundbedingung des inneren und äußeren Friedens sind. Schon 1922 hatte Paul Levi gesagt: „Nur die soziale ... Ausgestaltung der deutschen Republik wird das feste Band sein, das die deutsche Arbeiterklasse, die heute die Republik hält, dauernd an sie bindet.“

Als die Arbeitslosigkeit ein Drittel der Erwerbstätigen erreichte, als Unsicherheit, Angst und Entwürdigung fast die gesamte Gesellschaft ergriffen hatten und die Ungerechtigkeit der Politik immer unübersehbarer wurde, ging die erste deutsche Republik zugrunde. Sie hatte niemanden mehr, der sie mit Seele und Leib verteidigte.

Nach 1945 waren die Völker Europas in den Konflikten des neuen, des Kalten Krieges nicht in der Lage, ihre in den Widerstandsbewegungen von Spanien bis Russland, von Italien bis Norwegen erarbeiteten Vorstellungen eines zugleich sozialen, demokratischen und friedlichen Europas zu verwirklichen. Aber vergessen wir auch nicht: Das Projekt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, mit dem die europäische Integration vor einem halben Jahrhundert begann, war nicht nur ein Projekt der herrschenden Eliten, es war auch ihre Antwort auf diesen Wunsch der Völker Europas. Es waren nie nur die Wirtschaft und das Kapital, die zunächst Teile Westeuropas zusammenführten. Es waren immer auch die Hoffnungen, die Erwartungen, die Forderungen der europäischen Völker selbst. Und es sind diese Hoffnungen, die zum Beitritt von zehn neuen Ländern im Mai dieses Jahres geführt haben. Es waren diese Hoffnungen, weshalb die PDS diesen Beitritt immer unterstützt hat.

Wir haben konkrete und realistische Vorschläge für zukunftsfähige Alternativen. Wir haben fachliche Kompetenz und nicht selten auch reale Ergebnisse für Menschen. Wir streiten für die Verteidigung sozialer und demokratischer Regelungen. Wir streiten für starke und soziale Kommunen in der Gesellschaft und in Europa, wir streiten gegen die Militarisierung der EU. Wir begehren auf gegen Hartz-Gesetze und Zweiklassenmedizin.

Dies heißt aber untrennbar und viel offensiver als bisher: Unsere Politik und unser Wahlkampf verlangen im Kleinen wie im Großen, in der Regierungsbeteiligung wie in der außerparlamentarischen Arbeit, dass man uns als Sozialistinnen und Sozialisten erleben kann. Dies ist uns nicht per Parteibuch gegeben, sondern das müssen wir praktisch lernen und praktisch beweisen. Und wir müssen darüber streiten, wie wir es besser und überzeugender machen. Und vor allem müssen wir zeigen: Sozialistinnen und Sozialisten machen Politik nicht so sehr für die Menschen, sondern mit ihnen gemeinsam. Wir wollen, dass Menschen ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.

Deutlich mehr als 10 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollen eine entschieden andere Politik, wollen nicht nur auf einzelnen Gebieten, sondern komplex und grundsätzlich Veränderungen, wollen eine Politik wie jene, für die die PDS steht oder stehen will. Viele kennen diese Übereinstimmung mit uns nicht einmal, viele haben resigniert, sind Nichtwähler, viele haben immer noch Misstrauen gegen die PDS, viele trauen uns nicht zu, dass wir etwas bewirken oder zu unseren Worten stehen, viele empfinden die PDS kulturell als fremd, bieder, als reine Ostpartei. Von Gysis Milliönchen im Westen, so drückte er sich 1990 aus, sind wir noch immer weit entfernt. Das alles ist sind riesige, auch schwierige Aufgaben. Nur wenig davon ist kurzfristig zu leisten. Aber alles muss beginnen. Wir müssen viel und rasch ändern, uns politisch und kulturell

öffnen und gleichzeitig den sozialistischen Charakter unserer Politik realistisch, demokratisch, aber auch mit großer Entschiedenheit entwickeln. Sozialismus ist durchaus auch eine Tagesaufgabe - als Widerstand und Kritik, als menschliche Haltung, als Beweis, dass nichts alternativlos ist, als Zuversicht und Intelligenz gegen den fatalistischen und geistlosen Zeitgeist.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Wahlstrategie stellt die Auseinandersetzung mit jener Politik in den Mittelpunkt, die verantwortlich ist für Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Ungerechtigkeit, Privatisierung. Diese Politik ist zugleich eine, die offensichtlich gar nicht mehr weiß und der es gleichgültig ist, was sie für die Einzelnen und deren Familien bedeutet. Linke Politik, linke politische Strategien und linker Wahlkampf thematisieren in aufklärerischer Tradition große gesellschaftliche Fragen, Zusammenhänge, Ursachen und politische Gegenentwürfe. Linke Politik, die aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat, orientiert sich zugleich aber auch am Individuum und wird niemals wieder "die Sache" oder die Theorie oder die Politik über den Einzelnen stellen.

Das sind prinzipielle und große Ziele, und das ist politische Kleinarbeit im Europäischen Parlament, in anderen Parlamenten, in den Kommunen und sozialen Bewegungen, und vor allem mitten unter den Menschen, um die es zuerst und zuletzt immer geht.

Die haben Hoffnungen, große und scheinbar banale Freuden, private oder gesundheitliche Sorgen und privates Glück. Das, was eine linke Parteien und linke Politiker beschäftigt, bewegt viele Menschen weit seltener. Es ist kein Egoismus, und es ist menschlich, wenn sie weniger über die Massenarbeitslosigkeit nachdenken als über die eigene Arbeitslosigkeit, weniger über neoliberales Lohndumping als darüber, wie sie den eigenen Job behalten können, weniger über die sozialreaktionären Zumutbarkeitsbestimmungen der Hartz-Gesetze als darüber, dass sie - und jetzt erzähle ich gerade von meinem Nachbarn Willi - schon seit zwei Jahren Woche für Woche in der Nacht zum Montag 700 Kilometer zur Asbestentsorgung nach Aachen und am Freitag 700 Kilometer zurück nach Mecklenburg fahren.

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Bruch mit der SED hat uns 1989/90 Mut und Ehrlichkeit abverlangt. Die weitere Erneuerung der PDS wird nicht weniger Mut verlangen. Sie verlangt von uns auch, kritisch, sehr kritisch zu überprüfen, ob das, was wir bisher erreicht haben, Bestand haben kann, wenn wir uns nicht ändern. Wer will, dass die PDS bleibt, muss dazu beitragen, dass sie nicht bleibt, was sie jetzt ist. Der Schub, der uns bis heute getragen hat, ein Schub, der seine Gründe in der DDR und ihrer Endkrise hat, der sich speist aus der Art der ungleichen, oft undemokratischen und auch unsozialen Vereinigung der beiden deutschen Staaten, dieser Schub ist erschöpft.

Aber zugleich ist die Gesellschaft in Deutschland, in Europa, in der Welt in Bewegung – nicht nur von oben, sondern auch von unten. Menschen beginnen wieder öfter zu fragen, warum der wachsende gesellschaftliche Reichtum nicht kürzere Arbeitszeit und gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze, sondern längeres Arbeiten und mehr Arbeitslosigkeit, nicht mehr Geld für Bildung, Kultur und Kommunen bedeuten kann, sondern horrende Bereicherung für Ackermann, Esser und Co. und Steuerentlastung für die Großkonzerne und die Reichsten der Reichen. Menschen suchen nach Alternativen, da sie sehen, dass der neoliberale Kapitalismus und seine Globalisierung uns nicht reicher, sondern ärmer gemacht haben, trotz einer gewaltigen

Steigerung der Produktivität. Sie spüren, dass sie immer weniger Einfluss auf die Gesellschaft haben.

Noch stehen die Feste des Neoliberalismus. Noch sind es nur erste Risse in seinem Machtgefüge. Noch herrscht Ohnmacht und Angst vor, vor allem aber Resignation und Ratlosigkeit. Doch wächst auch der Zorn. Er kann sich in viele Richtungen entladen. In den Gewerkschaften hat die Suche nach Alternativen begonnen. Soziale Bewegungen haben sich formiert, die sich nicht mit der Alternativlosigkeit abfinden wollen. Auch geistig scheint nach zwanzig Jahren neoliberaler Lähmung wieder Einiges in Bewegung zu geraten. Und die Bereitschaft von Menschen wächst, auf die Straße zu gehen – nicht nur gegen Kriege wie die im Irak, sondern auch gegen den Angriff der herrschenden Klassen auf soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

Wir können nicht sagen, wie stark diese Kräfte sind. Sie können unerwartet machtvoll sein, wie wir 1989 erfuhren, oder sehr schwach. Wir können und wollen auch nicht einfach ihre Losungen übernehmen, sondern uns selbstbewusst, offen und als Lernende mit eigenen Vorstellungen, mit eigenen Persönlichkeiten, mit unseren eigenen Mitteln einbringen. Aber lasst uns eines mit Rosa Luxemburg klar machen: „Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“

Lasst uns Politik nicht unterhalb dieses Maßstabs machen. Und lasst uns auch nicht vergessen, dass die Macht sozialistischer Parteien immer letztlich eine Macht war, die aus der engen Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürger erwuchs, aus der Fähigkeit, als Partei ihren Hoffnungen, Erwartungen, ihrer Kritik und ihren Forderungen Ausdruck und Gehör zu verschaffen – nicht für sie, sondern mit ihnen. Die wichtigste Aufgabe dabei heute ist es, die lähmende Hoffnungslosigkeit zu durchbrechen und zu zeigen, dass es Alternativen, bessere Alternativen gibt und dass wir sie gemeinsam mit sehr vielen werden durchsetzen können.

Das ist keine Flucht aus der Realpolitik und ihrer Kleinarbeit, sondern verlangt die Ausarbeitung einer gesellschaftsverändernden Realpolitik, verlangt die Verbindung zwischen linker Kommunalpolitik, linker Politik in gesellschaftlichen Bewegungen, linker Landes- und Gesellschaftspolitik mit linker Europapolitik und mit unserem gesellschaftskritischen Anspruch. Das könnte Menschen Mut und Lust auf Europa machen, Mut und Lust auf linke Politik, Mut, sich einzumischen. Das könnte auch dazu beitragen, dass Menschen wieder ein Bedürfnis sehen, an Europawahlen teilzunehmen, sich einzumischen, sich auf Europa als ihrer Hoffnung zu beziehen.

Die Linke ist schonungslos zum Realismus verdammt. Aber ihr Realismus ist kein prinzipienloser Pragmatismus.

Die Linke muss gut verwalten können. Aber sie kann und darf sich nicht auf die Verwaltung angeblich alternativer Sachzwänge reduzieren lassen.

Die PDS muss eine normale demokratische Partei sein in den Augen sehr vieler Menschen. Aber die PDS darf keine stinknormale Partei sein. Die PDS muss gesellschaftspolitisch eine oppositionelle Partei sein und so von den Menschen erlebt werden können. Sie muss als Partei erkennbar sein, die leidenschaftlich Partei ergreift

gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen militärische Aggressionen jeder Art, gegen globalen Privatisierungskapitalismus, für eine Gesellschaft, die nicht vom Profit beherrscht wird. Unser Maßstab ist nicht eine Marktgesellschaft, sondern eine menschliche Gesellschaft.

Zweitens.

Hier ist eine Partei, die die europäische Integration zu einem Projekt der Menschen machen will, indem sie dagegen streitet, dass Europa ein Projekt der Banken, des Geldes, der Macht, der Standortkonkurrenz und der Bürokratie ist.

Die europäische Integration ist in ihrer entscheidenden Realität eine Macht der sozialen Kälte geworden. Nach antiker griechischer Mythologie war Europa von einem leidenschaftlichen Stier entführt worden. EU-Europa ist im Besitz der großen Banken und kühler Bürokraten.

Dieser Satz darf nicht undifferenziert stehen bleiben. Gerade Studentinnen und Studenten erzählen mir oft von ihrem Zuhausesein in Europa. Europa ist für viele junge Menschen durchaus eine gelebte Realität. Es gibt innerhalb der EU offene Grenzen. In Straßburg, am Rhein erlebe ich selbst alle vier Wochen, dass eine Grenze um die drei blutige Kriege in einem Dreivierteljahrhundert geführt worden waren, kaum noch als Grenze erkennbar ist. Es gibt europäische Kulturförderung und Jugendaustausch, es gibt die europäische Kohäsionspolitik und die Europäischen Sozialfonds, ohne die es in Ostdeutschland praktisch keine aktive Arbeitsmarktpolitik mehr gäbe.

Zugleich droht die Idee der europäischen Integration zur Idee eines europäischen Wettbewerbsmarktes zu verkommen. Der aber benötigt keine Idee. In der Diskussion der Regierungen und der Medien um die europäische Verfassung geht es um die Stimmengewichtung im Rat als wäre der eine Aktionärsversammlung.

Aber Europa könnte so viel mehr sein, Europa müsste unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung und weltweiter Freihandelspolitik viel mehr sein. Europa kann und muss der Raum sein, in dem die sozialen Hoffnungen und Bedürfnisse der Menschen verteidigt, zeitgemäß erneuert und zukunftsorientiert erweitert werden.

Die europäische Integration kann und muss darauf gerichtet werden, Europa zu einem Kontinent des Friedens und die EU zu einem Akteur friedlicher Alternativen zum Militär- und Hegemonialkurs der USA zu machen.

Europa kann und muss schließlich auch ein Raum menschlicher Begegnung, der Kultur und Bildung werden, und das ganz besonders für junge Menschen.

Die Europäische Union, an die so viele Souveränitätsrechte abgegeben worden sind, benötigt dringend eine Verfassung, eine Verfassung, die dem und der Einzelnen reale und einklagbare Rechte einräumt, die eine klare Kompetenzverteilung zwischen Union, Staaten, Bundesländern und nicht zuletzt eine Stärkung der Kommunen und ihrer Selbstverwaltung ermöglicht, eine Verfassung, die das Europäische Parlament stärkt und die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU auch bei 25, 27 oder mehr Mitgliedsländern gewährleistet.

Das kürzliche Scheitern der EU-Verfassung am Machtgerangel der Regierungen muss als Möglichkeit genutzt werden, endlich jene Diskussion in der Öffentlichkeit zu führen, an der die Verfassungsdebatte fast völlig gemangelt hatte: Welches Europa wollen wir?

Die PDS befürwortet die europäische Integration und ihre Weiterführung. Aber ganz klar: Wir wollen ein anderes Europa als es in den europäischen Verträgen und im Verfassungsentwurf festgelegt wird, ein anderes als es von der Europäischen Zentralbank, der Kommission, den Regierungen und den großen Wirtschaftsakteuren durchgesetzt wird. Dieses andere, soziale, offene, friedliche und demokratische Europa ist möglich.

Wenn die anderen Parteien die Verfassung zum Selbstzweck machen, oder ihr Zustandekommen von deutscher, spanischer und polnischer Macht im Rat oder gar vom Gottesbezug abhängig machen, als gäbe es in Europa nicht eine fast zweieinhalbjahrhundertalte aufklärerische Tradition, dann ist es die Pflicht und Chance der PDS, hörbar die Frage nach dem Inhalt der europäischen Verfassung und der europäischen Integration zu vertreten. Nicht als eine idealistische Vision. Das andere Europa ist nötig!

Es gibt eine rund zweihundert Jahre alte Geschichte über einen jungen Amerikaner im alten Europa.

"Unser Hausherr", erzählt Goethe in *Wilhelm Meisters Wanderjahre*, "als Jüngling nach Europa gelangt, fand sich hier ganz anders. Diese unschätzbare Kultur, seit mehreren tausend Jahren entsprungen, gewachsen, ausgebreitet, gedämpft, gedrückt, nie ganz erdrückt, wieder aufatmend, sich neu belebend und nach wie vor in unendlichen Tätigkeiten hervortretend, gab ihm ganz andere Begriffe, wohin die Menschheit gelangen kann."

Das sind bis heute Möglichkeiten, das ist sozialer, geistiger und kultureller Reichtum, das ist entsetzliche Geschichte mit ihrer Mahnung zu zukunftsfähiger und kulturvoller Politik, das ist ein jugendliches Europa. Und es ist das Europa der Frau. In der „Hamletmaschine“ Heiner Müllers tritt mit Ophelia die Repräsentantin der Unterdrückten auf: „Ich zerstöre das Schlachtfeld das mein Heim war.“, ein Satz, der aufbegehrt gegen die europäische Geschichte der Herrschaft, der Kriege, der Konzentrationslager und der so kompromisslos nur von einer Frau gesagt werden kann.

Die europäische Integration benötigt endlich wieder eine geschichtliche, eine große, eine identitätsstiftende Idee, wie sie im übrigen den großen Verfassungsdokumenten des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes oder der französischen Revolution zugrunde lag.

Die europäische Integration benötigt eine soziale und demokratische Idee - die Verteidigung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaats gegen die Renaissance des Manchesterkapitalismus, gegen Sozial- und Lohndumping, Spaltung, Nationalismus und Militarisierung, für ein Europa zukunftsorientierter und solidarischer Sozialentwicklung, eine Europa des kulturellen und menschlichen Reichtums und Austausches, ein Europa der Menschen, nicht des Geldes und der Banken und der Militärs. Nutzen wir die Chance und fordern wir diese Debatte gegen Kleingeist und Technokratie. Was Paul Levy vor einem Dreivierteljahrhundert für Deutschland meinte,

gilt sinngemäß auch für die EU. Wenn sie kein sozialer Raum für die Menschen ist, wird sie nicht Bestand haben.

Es geht uns auch in der EU um gesellschaftliche Alternativen. Denn die herrschende Politik stellt alle sozialen, alle ökonomischen, alle politischen und alle friedensstiftenden Errungenschaften der letzten fünfzig Jahre genauso interessengeleitet wie leichtfertig in Frage.

Das ist auch in dieser Zuspitzung leider keine Übertreibung. In den USA, die von unseren konservativen, sozialdemokratischen und grünen Eliten immer öfter als wirtschaftspolitischer Maßstab propagiert werden, haben bereits 43 Millionen Menschen keine Krankenversicherung, und in Texas, dem Versuchslabor für Bushs "compassionate conservatism" werden, wie die jüngste Ausgabe von *Le Monde diplomatique* schreibt, in den nächsten beiden Jahren die Sozialämter und psychiatrischen Krankenhäuser privatisiert. Von diesen Auswüchsen sind wir noch entfernt, aber wir sind auf dem schlechten Weg dorthin.

Die Regierungen Kohl und Schröder haben bereits viele frühere Hindernisse weggerissen. Am 13. Januar hat die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag mit dem programmatischen Titel "Abbau der bürokratischen Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit Europas" beschlossen. Er bezieht sich auf die Hälfte der gesamten Wirtschaftskraft der EU, darunter den Einzelhandel, das Baugewerbe, die Leistungen von Architekten, Freizeit-, Gesundheits- und IT-Dienstleistungen, weitgehend auch auf die Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge und vieles mehr. Was in den globalen GATS-Verhandlungen bisher gescheitert ist, soll nun innerhalb der Europäischen Union durchgepeitscht werden.

Nahezu alles, was dem freien Wettbewerb noch entgegensteht, soll geschliffen werden. Soziale Verpflichtungen werden ebenso wie Mitspracherechte von Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen als bürokratische Hemmnisse diffamiert. "Diese Vorschriften müssen schlichtweg verschwinden", forderte der zuständige EU-Kommissar Frits Bolkestein. Und in der *Financial Times* meinte er: "Wir fahren einen Ferrari, aber nur bis zum zweiten Gang." Es geht um den totalen Markt und freie Fahrt für freie Konzerne und Ferrari-Besitzer in Europa. Und die Richtung heißt Texas.

1994 hatten in Deutschland noch 60 Prozent der Wahlberechtigten an der Europawahl teilgenommen, 1999 nur noch 45 Prozent. 2004 - siehe BILD und Spiegel, die eine unverantwortliche und gefährliche antieuropäische und antiparlamentarische Stimmung schüren - ist nichts Besseres zu erwarten. Menschen fühlen sich zu Recht ohnmächtig und fremd gegenüber der EU.

Aber erstens ist Europa unser umfassender Alltag. Ändern wir die EU-Politik nicht, werden wir den sozialen, wirtschaftspolitischen, demokratischen, ostdeutschen Alltag nicht ändern, schon gar nicht zum Besseren. Zweitens ist Europa neben den dafür allein nicht mehr ausreichenden Nationalstaaten jener politische Raum, in dem wir um einen politischen Richtungswechsel kämpfen müssen und kämpfen können.

Drittens.

Hier ist eine Partei, die realpolitische und zugleich gesellschaftsverändernde Alternativen hat, Alternativen dazu, dass es in einer viel reicheren Gesellschaft, einem

viel reicheren Europa abwärts gehen soll für die Menschen, dass es angeblich alternativlos sein, dass alles schlechter werden müsse, eine Partei, die Alternativen für eine andere Politik und ein anderes Europa hat.

Dazu ist bereits viel von Lothar Bisky und Sylvia-Yvonne Kaufmann gesagt und viel in unseren Programmen beschrieben worden. Ich beschränke mich darauf, jene drei Themen einfach zu benennen, die unseren Europawahlkampf prägen werden.

1

Der 13. Juni 2004 soll ein Signal werden, dass die unsoziale und im übrigen auch chaotische Politik der Bundesregierung auf Widerstand stößt. Seit mehr als zehn Jahren wird das Experiment neoliberaler Reformen durch CDU/CSU, FDP und nunmehr auch durch Rot-Grün verfolgt. Dieses Experiment hat bewiesen, dass die Umverteilung von unten nach oben zu weniger statt mehr Wirtschaftswachstum führt, dass der Abbau der sozialen Sicherungssysteme statt ihr Umbau den innersten Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften gefährdet und nur zu weiterer Arbeitslosigkeit führt. Es hat bewiesen, dass die Unterordnung der Währungspolitik unter das einzige Ziel der Inflationsbekämpfung am Ende die wirtschaftliche Entwicklung bremst, zu wachsender Staatsverschuldung beiträgt und uns Stagnation beschert hat. Es ist Zeit, dieses Experiment zu beenden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben die Chance, die SPD daran zu erinnern, dass sie sie 1998 und 2002 als sozialdemokratische und nicht als sozialreaktionäre Partei gewählt haben. Es ist unsere Verantwortung, mit Protest und überzeugenden Konzepten dazu beizutragen, dass die Wählerinnen und Wähler die Alternative nicht absurderweise in der CDU/CSU sehen. Mit der Agenda sozial, dem Innovationsprojekt Ost, dem Acht-Punkte-Programm von Bisky und Holter und vielem anderen mehr hat die PDS konzeptionelle Grundlagen für eine bessere Politik. Wer wirklich Nein sagen will zu den Hartz-Gesetzen, zu den angeblichen Gesundheits- und Rentenreformen etc, die in Wirklichkeit Privatisierungsreformen sind, hat am 13. Juni eine klare Chance: PDS!

2.

Der 13. Juni soll ein Signal werden, dass es sich lohnt um Europa zu streiten. Dazu habe ich bereits ausführlich gesprochen. Wir sagen nicht nur Nein zu dieser Verfassung. Wir lehnen es ohnehin ab, dass Europa über die Köpfe der Menschen hinweg als ein Marktplatz zusammengezimmert wird. Wir halten es für skandalös, dass sie in Deutschland nicht einmal mit einer Volksabstimmung über die Verfassung entscheiden dürfen. Wir setzen uns für eine Richtung der europäischen Integration ein, die faszinierend sein kann für die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten. Wir wollen ein Europa der Menschen, der sozialen Sicherheit, der Kultur und des Friedens. Wer nicht nur Frust hat gegenüber Europa, sondern ein anderes Europa will, hat am 13. Juni eine klare Chance: PDS.

3.

Der 13. Juni soll ein Signal werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Europa Nein zu militärischer Sicherheitspolitik, egal ob unter amerikanischer Fahne oder etwas moderat, aber mit ähnlicher Richtung unter der europäischen. Wir wollen nicht ein bisschen Antikriegspolitik, sondern die ganze. Wir wollen nicht Kritik an Aggressionen und Krieg im Einzelfall, sondern in jedem Fall. Wir wollen eine Alternative zum militaristischen Weltherrschaftskurs der US-Administration nicht in der Form einer

europäischen Militärunion. Wir wollen die Entmilitarisierung der EU. Die Europäische Union kann als das bedeutendste Projekt des Friedens in die Geschichte eingehen. Sie kann beweisen, wie Kriege unmöglich gemacht werden: Durch die Wahrung der Menschenrechte, die Sicherung der Demokratie, die Stabilität der Grenzen bei gleichzeitiger Öffnung, die Ausrichtung von Wirtschaft und Politik an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, ein solidarisches Verhältnis mit den Ländern des Südens. Fast alle, die in den letzten Jahren durch Diktatur, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und ethnische Säuberung oder Terrorismus zu Bedrohung geworden waren, sind zuvor die USA und andere westliche Staaten mit Rüstungslieferungen, politischer Unterstützung und machtpolitisch begründeter Gleichgültigkeit gegenüber ihren Verbrechen aufgebaut worden. Wer nicht nur zum Irak-Krieg Nein sagen will, sondern Nein sagen will zu Krieg und Ja zu ursachenorientierter, präventiver und ziviler Politik, hat am 13. Juni eine Chance: PDS.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir hatten und haben eine Vision, die Vision von einer demokratischen sozialistischen Partei in Deutschland, die energisch dazu beiträgt, die Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft und die Richtung der Politik zu verändern. Und wir haben viel gewagt und viel erreicht, um diese zu erreichen. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen und entschieden die Weiterentwicklung der PDS und ihrer Politik in Angriff zu nehmen. Die Wahlkämpfe des Jahres 2004 sind dafür von größter Bedeutung. Wir müssen sie als Kämpfe für einen Richtungswechsel der Politik gestalten. Denn wir sind die einzige handlungsfähige Partei in Deutschland, die dies auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die Perspektive der PDS und vor allem die Perspektive einer einflussreichen sozialistischen Politik hängen wesentlich von der Öffnung der PDS ab. Sie verlangt Mut zu vielen Veränderungen, sie verlangt viel Arbeit, Kontinuität von Alltagsarbeit vor allem, und Ehrlichkeit und konkrete Angebote der Zusammenarbeit.

Wir brauchen eine gemeinsame Strategie, damit Schluss ist mit dem Vorrang von Eigeninteressen über den Gesamtinteressen der PDS, über ihrem Ziel, zu einer starken sozialistischen Partei in Deutschland zu werden. Wir brauchen Kriterien, an denen wir diese oder jene Vorschläge ernsthaft messen können. Das beschlossene Parteiprogramm und sein Teil 4 sind dabei eindeutig. Dort steht geschrieben, was die große Mehrheit des Parteitages von Chemnitz als Hauptziel der PDS formulierte: „Unser wichtigstes politisches Ziel ist es, unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten. Die soziale Basis eines solchen Bündnisses sehen wir in der Verbindung der Interessen der Menschen, die durch die herrschende Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden, mit denen, die sozial besser gestellt sind, sich aber mit massenhafter sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft nicht abfinden wollen, überhaupt mit all jenen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Bedingung eines selbstbestimmten Lebens einsetzen.“